

Axel Gollnick

Gewinnverwendung im Konzern

B 54720

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Hochschule Darmstadt



Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

A	Einleitung	1
	I. Einführung in die Problematik	1
	II. Problemstellung	3
	III. Eingrenzung des Untersuchungsobjekts	6
	IV. Gang der Untersuchung	9
B	Die Kompetenzverteilung bei der Gewinnverwendung in der selbständigen, unverbundenen Aktiengesellschaft – Darstellung und Bewertung –	11
	I. Vorbemerkung	11
	1. Der Zusammenhang von Gewinnermittlung und Gewinnverwendung	11
	2. Der potentielle Interessenkonflikt zwischen Verwaltung und Aktionären bei der Gewinnverwendung	11
	II. Kompetenzverteilung im früheren Aktienrecht	12
	1. Handelsgesetzbuch von 1897	12
	2. Aktiengesetz von 1937	13
	III. Ziel der Gewinnverwendungsregelung des Aktiengesetzes von 1965	14
	IV. Kompetenzverteilung im geltenden Aktiengesetz	15
	1. Kompetenzen der Verwaltung	15
	2. Kompetenzen der Hauptversammlung	18

V.	Bedeutung der Kompetenzverteilung	19
1.	Das Prinzip des aktionärsstrukturunabhängigen Bestandsschutzes	20
2.	Das Aktionärsschutzprinzip	23
C	Die Kompetenzverteilung bei der Gewinnverwendung im Konzern – Darstellung und Bewertung –	29
I.	Grundlegung	29
1.	Bemessungsgrundlage der Gewinnverwendung im Konzern	29
2.	Gewinnverwendungskompetenzsystem im Konzern ..	30
II.	Erweiterung der Gewinnverwendungskompetenz des Vorstands der Obergesellschaft gegenüber derjenigen in der selbständigen, unverbundenen Aktiengesellschaft	32
1.	Kompetenzerweiterung bei Untergesellschaften in der Rechtsform der Aktiengesellschaft	32
a)	Kompetenzerweiterung durch Einfluß auf die Verwendung des Jahresüberschusses gem. § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG	32
aa)	Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 AktG	32
bb)	Eingliederung gem. §§ 319, 320 AktG	33
cc)	Faktischer Konzern gem. §§ 311 ff. AktG ..	33
b)	Kompetenzerweiterung durch Ausübung der Mitgliedschaftsrechte gem. §§ 58 Abs. 3, 174 AktG und § 58 Abs. 2 Satz 2 AktG	35
aa)	Ausübung der Mitgliedschaftsrechte gem. §§ 58 Abs. 3, 174 AktG	36
bb)	Ausübung der Mitgliedschaftsrechte gem. § 58 Abs. 2 Satz 2 AktG	38
c)	Kompetenzerweiterung bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages gem. § 291 Abs. 1 AktG	39
d)	Zwischenergebnis	43
2.	Kompetenzerweiterung bei der GmbH und der Personengesellschaft als Untergesellschaften	44
a)	Kompetenzerweiterung durch Einfluß auf die Gewinnverwendung in der GmbH	45

aa)	Neuregelung der Gewinnverwendung durch das BiRiLiG	45
bb)	Gewinnverwendung in Altgesellschaften	46
cc)	Gewinnverwendung bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages	48
b)	Zwischenergebnis	49
c)	Kompetenzerweiterung durch Einfluß auf die Gewinnverwendung in der Personengesellschaft	50
aa)	OHG und KG als beherrschte Konzernunternehmen	50
bb)	Gewinnverwendung in der beherrschten Personengesellschaft	52
(1)	Einfluß auf die Bildung offener Rücklagen	52
(2)	Einfluß auf die Bildung stiller Reserven	54
d)	Zwischenergebnis	56
3.	Zusammenfassung der Zwischenergebnisse	56
4.	Zeitverzögerte Erfassung der Beteiligungserträge	57
5.	Konzerninterne Geschäftsbeziehungen – Erfolgsverlagerungen und Zwischenergebnisse –	58
III.	Bewertung der erweiterten Gewinnverwendungskompetenz des Vorstands der Obergesellschaft im Konzern	59
1.	Meinungsstand in der Literatur	60
a)	Gefahr der Beeinträchtigung des Gewinnverwendungskompetenzsystems der Obergesellschaft	60
b)	Mangelnde Gefährdung in der Praxis, Minderheitenproblem und Bilanzrichtliniengesetz	62
c)	Besondere Finanzierungserfordernisse im Konzern	64
2.	Stellungnahme	65
IV.	Ergebnis	76
D	Regelungslücke im System des Aktiengesetzes	79
I.	Vorbemerkung	79
II.	Streitstand in der Literatur zur Regelungslücke im aktienrechtlichen Gewinnverwendungsrecht	81

1.	Die Argumentation für das Bestehen einer Regelungslücke	81
2.	Die Argumentation gegen das Bestehen einer Regelungslücke	85
III.	Stellungnahme	88
1.	Vorbemerkung	88
2.	Exkurs: Zum Begriff der Regelungslücke	88
3.	Kritische Würdigung der zur Frage der Regelungslücke vorgetragenen Argumente – eigene Untersuchung –	89
a)	Die Argumentation mit dem Wortlaut des § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG	89
b)	Die Argumentation mit dem Sinn und Zweck des § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG	90
c)	Die Argumentation mit der ratio legis der Konzernvorschriften	94
IV.	Ergebnis	101
E	Literaturvorschläge zur Schließung der Regelungslücke bei der Gewinnverwendung im AG-geführten Konzern	103
I.	Vorgehensweise	103
II.	Darstellung der Lösungsansätze des bisherigen Schrifttums	103
1.	Den gesamten Konzern umfassende Lösungsansätze	103
a)	Die Methode der direkten oder unmittelbaren Durchrechnung	103
b)	Die Methode der indirekten oder mittelbaren Durchrechnung – Pflichtenlösung –	107
2.	Auf die Gewinnverwendung in der Untergesellschaft beschränkte Lösungsansätze	112
a)	Das Konzept der internen Mitwirkungsbefugnis der Hauptversammlung der Obergesellschaft	112
b)	Das Konzept der Anfechtung analog § 254 AktG	113
III.	Kritische Würdigung der Lösungsansätze des Schrifttums	114

1.	Die auf die Gewinnverwendung in der Untergesellschaft beschränkten Lösungsansätze	114
2.	Die den gesamten Konzern umfassenden Lösungsansätze – Durchrechnungsmethoden –	115
a)	Zur Abgrenzung der relevanten Unternehmensverbindungen	115
b)	Zur Gewinnverwendung in den Untergesellschaften / mehrstufige Unternehmensverbindungen	118
c)	Zur Berücksichtigung der gesetzlichen Rücklage ..	125
d)	Zur Anrechnung von Gewinnen bzw. Rücklagen bei einem Beteiligungsgrad von 50 % < x < 100 %	125
e)	Zur zeitlichen Erfassung der Beteiligungserträge ..	131
f)	Zur Berücksichtigung von Verlusten in Untergesellschaften	138
g)	Zur Behandlung von Zwischenergebnissen	151
h)	Zur Berücksichtigung stiller Reserven	161
i)	Zur Berücksichtigung von Auslandssachverhalten ..	161
j)	Zu den Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die aufgestellten Grundsätze	164
IV.	Ergebnis	167
F	Der eigene Lösungsansatz zur Schließung der Regelungslücke bei der Gewinnverwendung im Verbund	171
I.	Darstellung des eigenen Lösungsansatzes	171
1.	Ausgangspunkt	171
2.	Allgemeiner Grundsatz	171
3.	Die Gewinnverwendung in der Aktiengesellschaft an der Spitze des Verbundes	172
a)	Grundsatz I: Die Anrechnung der in den Untergesellschaften gebildeten anderen Gewinnrücklagen (Vorweg-Abzug)	172
b)	Grundsatz II: Die zeitkongruente Erfassung der Beteiligungserträge	174
4.	Die Gewinnverwendung in den Untergesellschaften ..	175
a)	Grundsatz III ₁ : Die Gewinnverwendung in der Aktiengesellschaft als Untergesellschaft	176

b)	Grundsatz III ₂ : Die Gewinnverwendung in der GmbH und der Personengesellschaft als Untergesellschaft	178
c)	Grundsatz III ₃ : Die Gewinnverwendung in der mehrstufigen Unternehmensverbindung	181
5.	Weitere Grundsätze	183
a)	Grundsatz IV: Zur Berücksichtigung von Rücklagen bei einem Beteiligungsgrad von 50 % < x < 100 % ..	183
b)	Grundsatz V: Zur Berücksichtigung von Verlusten der Untergesellschaften	183
c)	Grundsatz VI: Zur Behandlung von Zwischenergebnissen	183
d)	Grundsatz VII: Zur Berücksichtigung von Auslandsverhalten	184
e)	Grundsatz VIII: Zur Berücksichtigung von in GmbH oder Personengesellschaften gebildeten Rücklagen	184
6.	Verstöße gegen die aufgestellten Grundsätze	186
a)	Nichtigkeit gem. § 256 Abs. 1 Nr. 4 AktG	186
b)	Sonderprüfung analog §§ 258 ff. AktG	187
c)	Unterlassungs- und Feststellungsklage	188
7.	Die Grundsätze zur Gewinnverwendung im Verbund im Überblick und Beispiel	191
a)	Die Grundsätze zur Gewinnverwendung im Überblick	191
b)	Das Gesamtkonzept im Beispiel	193
II.	Erläuterung des eigenen Lösungsansatzes	195
III.	Der eigene Lösungsansatz und das europäische Gemeinschaftsrecht	198
	Abkürzungen	201
	Literatur	205
	Sachregister	227